

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 8. August 2019
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:25 Uhr

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, Leitung der Sitzung

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die 1. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Mitglieder des Hauptausschusses und die anwesenden Gäste.

Bezüglich des Tagungsraumes kündigt er an, dass vor der nächsten Hauptausschusssitzung eine Abstimmung mit den Fraktionen erfolgen wird, ob dieser Raum als geeignet befunden wird. Alternativ könnte der Seminarraum im HKB angeboten werden. Der Raum wäre für die geplanten Termine verfügbar, die Anmietung ist aber mit Kosten verbunden. Auch die Nutzung des Lesesaales im Stadtarchiv wurde in Erwägung gezogen. Dieser ist aber, da der Jahreskalender durchterminiert ist, auch anderweitig gebunden.

2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang am 31. Juli 2019 per E-Mail).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt. Es sind 13 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, gibt folgende Informationen:

- Der Städte- und Gemeindebund hat ein Schreiben aus dem Verteidigungsministerium erhalten, in dem für die Fliegerhorstkaserne Trollenhagen der dauerhafte Bedarf für Zwecke der Bundeswehr festgestellt wird. Es werde keine Rückgabe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geben. Die Kaserne sei insbesondere für den Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum

vorgesehen. Deutschlandweit seien 11 Standorte nicht von der Schließung betroffen, die Fliegerhorstkaserne Trolenhagen sei die einzige in Mecklenburg-Vorpommern. Herr Witt wertet diese Entscheidung als Erfolg für die Stadt Neubrandenburg und die Region. Damit seien nicht nur Dienststellen für Soldatinnen und Soldaten, sondern auch zivile Arbeitsplätze verbunden.

- Die Beziehungen zu den 9 Partnerstädten gestalten sich in unterschiedlicher Intensität.

In diesem Jahr besteht die Städtepartnerschaft zur chinesischen Stadt Yangzhou 20 Jahre. Nachdem die Kontakte anfänglich intensiv waren, sind sie in den vergangenen Jahren etwas abgeflacht. Das Jubiläum zum Anlass nehmend, habe Herr Witt jetzt die zuständige Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt der Stadt Yangzhou angeschrieben und eine offizielle Delegation aus Yangzhou für das nächste Jahr nach Neubrandenburg eingeladen.

Mit der polnischen Partnerstadt Koszalin gibt es ein gemeinsames POMERANIA-Projekt. In dieser Woche erfolgte im Beisein von Herrn Witt und Herrn Modemann in Koszalin der erste Spatenstich für die Sanierung des Amphitheaters im Park der Pommerschen Herzöge. Der Stadtpräsident der Stadt Koszalin, Herr Piotr Jedlinski, habe dabei versprochen, dass er zum ersten Spatenstich zur kompletten Umgestaltung des Eingangsbereiches des Kulturparks, der auch noch in diesem Jahr erfolgen soll, nach Neubrandenburg kommen wird.

- Nachdem der offizielle Baustart für die Rathausanierung erfolgt ist, wird jetzt mit der Baustelleneinrichtung begonnen. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Bauablauf wie geplant vollzogen werden kann.
- Die Stadtvertretung habe in der vergangenen Wahlperiode den Beschluss gefasst, in Neubrandenburg ein Innovationszentrum zu implementieren und darum gebeten, bezüglich der Umsetzung auf dem Laufenden gehalten zu werden. Derzeit werden 1,5 Stellen ausgeschrieben. Sobald die Stellen besetzt sind, sollen Aussagen zur räumlichen Verortung und anstehenden Themen getroffen werden. Ende des Jahres ist eine Kick-off-Veranstaltung geplant, auf der das Projekt genau vorgestellt werden soll.
- In Erfüllung des Koalitionsvertrages der Bundesregierung wurde eine Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse eingerichtet. In nur einem Jahr seien die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen dieser Kommission an den Bundesminister für Inneres, Bau und Heimat weitergeleitet worden. Im Fazit dessen soll jetzt ein gesamtdeutsches Fördersystem eingerichtet werden, das nicht nur nach West und Ost, sondern auch nach Nord und Süd unterscheidet. Insbesondere sollen auch die Spannungen zwischen den Städten und dem ländlichen Raum ausgelotet werden.
- Herr Witt äußert sich kritisch zu den Medienberichten zum Thema Sicherheit und Ordnung in der Stadt und stellt dar, dass Neubrandenburg eine sichere Stadt ist. Sowohl die Hellfeldstudie als auch die Berichte der Polizei belegen dies. Auch die Darstellung, Stadtvertretung und Stadtverwaltung würden nur beobachten und nichts tun, weise er von sich. Bestes Beispiel dafür sei der Auftrag zur Erstellung einer Sicherheitskonzeption. Ein erster Schritt dazu sei die im Ergebnis einer Befragung erstellte Dunkelfeldanalyse. Eine solche Analyse habe noch keine Stadt in Mecklenburg-Vorpommern in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sollen den Ratsfrauen und Ratsherren im September vorgestellt werden und werden anschließend auch öffentlich präsentiert. Herr Füsting wird in der konstituierenden Sitzung des neuen Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit einige Ergebnisse vorstellen. Die Beteiligung an der Befragung sei mit 39,8 % erfreulich hoch gewesen und sowohl die Arbeit der Polizei als auch die Arbeit des städtischen Ordnungsamtes wurden durch die Befragten als „gut“ eingeschätzt.

Ratsherr Schwanke (CDU) stimmt Herrn Witt zu, dass Neubrandenburg nicht als unsichere Stadt „verkauft“ werden darf. Trotzdem müssen auftretende Probleme angesprochen werden. Hier gibt es eine hohe Erwartungshaltung an den neuen Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit.

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) bittet um Klärung und Information an die Geschäftsstellen der Fraktionen, ob die Ausschussmitglieder wieder Parkkarten bekommen könnten. Er kritisiert, dass die aktuelle Lesefassung der Hauptsatzung noch nicht im Internet steht. In diesem Zusammenhang fragt er, ob die Hauptsatzung jetzt, nachdem die neue Entschädigungsverordnung in Kraft getreten ist, gemeinsam durch die Verwaltung und die Fraktionen „angefasst“ wird und ob es einen Zeitplan der Verwaltung dafür gibt? Außerdem müssten die Behindertenbeauftragte und die Gleichstellungsbeauftragte neu bestellt werden, da diese Funktionen ja an die Wahlperiode gebunden sind.

Herr Witt führt aus, dass in seiner Dienstberatung das Thema Zugangskontrolle zu diesem Gebäude (TIG) diskutiert wurde und als Arbeitsauftrag an den Eigenbetrieb gegangen sei. Gleiches werde jetzt auch bezüglich der Parkkarten erfolgen. Hinsichtlich der Änderung der Hauptsatzung sehe er vonseiten der Verwaltung keinen direkten Handlungsbedarf. Signale müssten hier aus den Fraktionen kommen. Bezüglich der Bestellung der Behindertenbeauftragten informiert Herr Witt, dass Frau Beck-Helbing signalisiert hat, dass sie die Funktion gern weiter bekleiden möchte. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird durch die Verwaltung vorbereitet. Bezüglich der Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten muss erst ein Interessenbekundungsverfahren im Haus gestartet werden, da Frau Suckow sich jetzt während der Elternzeit entschieden hat, die Funktion doch abzugeben. Eine Beschlussvorlage werde wahrscheinlich zur Oktobersitzung der Stadtvertretung durch die Verwaltung vorgelegt.

Ratsherr Pawlowski (fraktionslos) fragt, ob das Weiterbetreiben des Fliegerhorstes Trollenhagen als Bundeswehrstandort möglicherweise zu mehr Einwohnern der Stadt Neubrandenburg und damit ggf. auch zu Wohnraumproblemen führen könnte?

Herr Witt betont die Eigenständigkeit der Gemeinden. Sicherlich werden viele der Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigten aber in Neubrandenburg wohnen wollen. Derzeit kann der Bedarf an Grundstücken planungsrechtlich gedeckt werden.

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ergänzt, dass momentan nur bekannt sei, dass der Standort nicht geschlossen wird. Es gibt noch keine Aussagen, wann und in welcher Truppenstärke die zuvor genannten Bereiche in Trollenhagen ankommen. Er betont die sehr enge Verbindungen zur Bundeswehr, so dass rechtzeitig Signale von dort kommen werden, damit ggf. auch mit der Wohnungsgesellschaft Kontakt aufgenommen werden kann.

Ratsherr Bromberger (CDU) kritisiert, dass Vorlagen im Ratsinformationssystem nicht mit Kommentaren versehen werden können und bittet um Klärung. Außerdem sei er von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden, weil auf dem Weg zwischen Weitin und dem Landschaftsgarten „Brodaer Teiche“ Bänke abgebaut wurden. Er bittet um Auskunft, ob diese wieder aufgestellt werden, oder wie die Planungen sind.

Herr Witt sagt Klärung zu.

Ratsfrau Muth (DIE LINKE) spricht den Standortvergleich zur Schwimmhalle an, der der Stadtvertretung der vergangenen Wahlperiode zur Verfügung gestellt wurde, und fragt nach dem Stand der Dinge.

Herr Renner, Leiter Fachbereich 2, führt zum weiterem Prozedere aus. Die Entscheidungen zu den 3 vorgeschlagenen Standorten müssten dahingehend verdichtet werden, welcher zur Umsetzung kommen soll. Diesbezüglich werde die Verwaltung einen Vorschlag, der aus dem Standortvergleich und den Stellungnahmen der Fraktionen resultiert, unterbreiten. Dazu werde das Thema nochmals im Fachausschuss aufgeworfen. Er bittet darum, dass

sich die Fraktionen dazu positionieren. Sobald ein klares Votum vorliegt, kann mit der Standortplanung begonnen werden. Zunächst müsste dann eine Machbarkeitsstudie die Frage der Umsetzbarkeit und der Finanzierbarkeit untersuchen. Das würde dann in weitere Entscheidungen durch die Stadtvertretung, die die Realisierung des Projektes zum Gegenstand haben, münden.

Herr Witt ergänzt zur Zeitschiene. Bis Ende des nächsten Jahres sei Klärung bezüglich des Standortes, der Machbarkeit und Kostenschätzungen sowie Fördermöglichkeiten vorgesehen.

Ratsherr Giermann (CDU) bittet darum, den Standortvergleich nochmals an die Fraktionen zu schicken. Noch einmal das Thema Sicherheit und Ordnung aufgreifend, bedankt er sich bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt und auch bei der Berufsfeuerwehr für ihren Einsatz beim Großfeuer bei Sadelkow. Des Weiteren spricht er die NDR-Sommertour an, wertet sie als Erfolg und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass sie auch in den nächsten Jahren hier Station macht. Als kleinen Wermutstropfen merkt er an, dass die letzte Buslinie ab ZOB in die Stadtteile um 22.45 Uhr (also 5 Minuten vor dem Konzertende) gefahren sei. Im vergangenen Jahr zum Vier-Tore-Fest war die Installierung einer Nachtbuslinie möglich gemacht worden. Er bittet um Prüfung, ob das nicht generell bei Großereignissen erfolgen kann.

Herr Witt sagt zu, dass die Thematik Nachtbusverkehr über das Beteiligungsmanagement mit zu den Stadtwerken genommen wird.

4 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses bittet darum, ein Änderungsblatt zur Drucksache VII/70 (TOP 20) nachzutragen sowie in der Einladung bei den Tagesordnungspunkten 17 und 18 das Wort **Augustabad** nachzutragen („Strandbadgastronomie und ergänzende Freizeitangebote Augustabad“).

Des Weiteren schlägt er vor, die die Drucksachen VII/58, VII/59, VII/60, VII/61, VII/62; VII/63, VII/64, VII/65, VII/66 (TOP 6 bis TOP 14 betreffs Kies-Spenden),

die Drucksachen VII/14 (TOP 17) und VII/15 (TOP 18)

sowie die Drucksachen VII/72 (TOP 22) und VII/73 (TOP 23)

in verbundener Aussprache zu behandeln.

Herr Witt zeigt für den TOP 26 (Drucksache VII/17) Mitwirkungsverbot an. Die Ratsherren Kuhnert (DIE LINKE) und Schwanke (CDU) erklären ihr Mitwirkungsverbot für den TOP 30 (Drucksache VII/34).

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

5 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1	VII/75	Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin, Aufhebung Beschluss 12/01/19 und Neubesetzung Einreicher: Oberbürgermeister
-------	--------	--

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, erklärt,

dass die Kommunalverfassung MV zulasse, dass sachkundige Einwohner in die Verbandsversammlung gewählt werden. Die Satzung der Sparkasse Neubrandenburg-Demmin lege aber fest, dass ausschließlich Ratsfrauen und Ratsherren Mitglieder sein dürfen. Deshalb muss der Beschluss, der in der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung gefasst wurde, nochmal neu gefasst werden. Er bittet die Zählergemeinschaft Bündnis 90/DIE GRÜNEN/FDP und die AfD-Fraktion um Mitteilung der Namen von Ratsfrauen und Ratsherren für die Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin.

Ratsfrau Wegner (90/DIE GRÜNEN) benennt für die Zählergemeinschaft Bündnis 90/DIE GRÜNEN/FDP als Mitglied Ratsfrau Jutta Wegner und als stellvertretendes Mitglied Ratsfrau Anna-Luisa Plessow.

Ratsherr Schnell (AfD) benennt als stellvertretendes Mitglied für die AfD-Fraktion Ratsherrn Peter Fink.

Dem Vorschlag von Ratsherrn Kowalick (DIE LINKE) folgend, signalisieren die Ausschussmitglieder auf Nachfrage von Herrn Witt ihr Einverständnis, die Vorlage gleich in die Stadtvertretung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 2	VII/30 1 Änderungs- blatt	Klärung der Organzuständigkeit in der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und weitere Änderung des Gesellschaftsvertrages Einreicher: Oberbürgermeister
-------	------------------------------------	---

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 3	VII/32	Mittelfristige Ziele der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz (TOG) Einreicher: Oberbürgermeister
-------	--------	---

Ratsfrau Muth (DIE LINKE) beantragt im Namen der Fraktion DIE LINKE die Behandlung der Vorlage im Kulturausschuss.

Ratsherr Giermann (CDU) beantragt im Namen der CDU-Fraktion die Behandlung der Vorlage im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport.

Auf Nachfrage von Herrn Witt signalisieren die Ausschussmitglieder ihr Einverständnis zur Erweiterung der Beratungsfolge.

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die erweiterte Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 4 VII/20 Beschluss über die Annahme einer Spende des Herrn Sven Ochsenreither durch die Stadtvertretung - 1 Gemälde für den Bestand der Kunstsammlung
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 5 VII/21 Beschluss über die Annahme einer Spende des Freundeskreises der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung - 7 Kunstwerke für den Bestand der Kunstsammlung
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 6 bis 14 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 6 VII/58 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der MEBAN WST GmbH durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 7 VII/59 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der NST Neubrandenburger Straßen- und Tiefbau GmbH durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 8 VII/60 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der Onyx Rohr- und Kanal-Service GmbH durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 9 VII/61 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der Schewe Immobilien GmbH durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 10 VII/62 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der automation & software Günther Tausch GmbH durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 11 VII/63 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der Quarzsandwerk Neubrandenburg GmbH & Co. KG durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 12 VII/64 Beschluss über die Annahme einer Sachspende der Munzinger Entsorgungs GmbH durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2019 – Sachzuwendung für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg: 50 Tonnen Kies
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 13 VII/65 Beschluss über die Annahme einer Spende der RTN Rohrleitungs- und Tiefbau GmbH durch die Stadtvertretung – 50 Tonnen Kies und Baggerarbeiten für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 14 VII/66 Beschluss über die Annahme einer Spende der MBA Anlagenbau GmbH durch die Stadtvertretung – 50 Tonnen Kies und Leistungen mit Bagger, Radlader, Teleskoplader und Handarbeitskräfte für die Strandbäder der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 15 VII/87 Verkauf von Anlagevermögen an die IKT-Ost AöR
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 16 VII/13 Bebauungsplan Nr. 34 „Gewerbegebiet Weitin/Neubrapharm“, 2. Änderung
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 17 und 18 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 17 VII/14 Bebauungsplan Nr. 75 „Fontanehof“, 1. vereinfachte Änderung „Strandbadgastronomie und ergänzende Freizeitangebote Augustabad“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau Wegner (B90/DIE GRÜNEN) kündigt einen Änderungsantrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN an. Die Fraktionsmitglieder haben Bedenken gegen die in der Abwägungsentscheidung genannten Öffnungszeiten. Im Beschluss der Stadtvertretung sei betont worden, dass es keine Einschränkungen für das Augustabad geben werde. Jetzt seien Öffnungs- und Ruhezeiten benannt.

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, schlägt vor, das im Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren.

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 18 VII/15 Bebauungsplan Nr. 75 „Fontanehof“, 1. vereinfachte Änderung „Strandbadgastronomie und ergänzende Freizeitangebote Augustabad“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 19 VII/69 Bebauungsplan Nr. 16.1 "An der Landwehr" (Gewerbepark) 1. vereinfachte Änderung 2. Entwurf
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 20 VII/70 Bebauungsplan Nr. 121 „Einzelhandel Burgholzstraße“
1 hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Änderungs- Einreicher: Oberbürgermeister
blatt

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 21 VII/71 Bebauungsplan Nr. 122 „Westliches Bahnhofsquartier“
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 22 und 23 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 22 VII/72 Bebauungsplan Nr. 129 „An der Südstraße“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr Schwanke (CDU) trägt vor, dass der Investor sich in seinem Planablauf durch die Stadt behindert sieht.

Herr Renner, Leiter Fachbereich 2, informiert, dass hier ein ganz normales Planverfahren durchlaufen werde. Derzeit befinde man sich in der Phase der Gutachtenerstellung und diese benötige Zeit. Insbesondere für die Erstellung des Artenschutzfachbeitrages seien durch die Untere Naturschutzbehörde Vorgaben bezüglich des Umfangs und die Dauer der Untersuchungen aufgegeben worden.

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt fest, dass es formal zu keiner Zeitverzögerung gekommen ist und bittet um Diskussion in den Fachausschüssen.

Ratsherr Schnell (AfD) verweist auf offizielles Kartenmaterial der Landesregierung aus dem hervorgeht, dass das Baugrundstück nicht in einem Biotop liegt.

Herr Renner führt aus, dass sich der Standort in einem Grünzug befindet, der Biotope tangiert. Insofern sei es das ganz normale Prozedere, dass eine Untersuchung naturschutzrechtlicher Belange durchgeführt wird, da sei keinen Ermessensspielraum gegeben. Die durch Ratsherrn Schnell aufgeführten Materialien weisen nicht die nötige Tiefenschärfe auf, um ein Planverfahren daraus abzuleiten.

Die Vorlagen sollten umfänglich im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit sowie im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 23 VII/73 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „An der Südstraße“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 24 VII/84 Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Bitte von Ratsfrau Wegner (B90/DIE GRÜNEN), dass das beauftragte Büro in den Ausschusssitzungen für Fragen zur Verfügung steht, wird durch Herrn Renner, Leiter Fachbereich 2, für die kommende Ausschusswoche verneint. Da für die Vorlage aber zwei Lesungen vorgesehen sind, könne der Auftragnehmer zu einem späteren Zeitpunkt in den Fachausschuss geladen werden.

Herr Witt, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, schlägt vor, dass die Beratungsfolge der 1. Lesung genutzt werden sollte, um Fragen zu sammeln, damit diese dann gebündelt an den Auftragnehmer übergeben werden können.

Ratsfrau Muth (DIE LINKE) schlägt vor, die Termine für die Ausschusssitzungen nach dem 5. September 2019 in die Beratungsfolge aufzunehmen, damit die Verwaltung die Fachleute entsprechend einladen kann.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Stieber (SPD) nach Druckexemplaren der Vorlage, einigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses, für jede Fraktion ein Druckexemplar zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Bromberger (CDU) beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die Vorlage auch im Kulturausschuss, Finanzausschuss und im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die erweiterte Beratungsfolge verwiesen.